

Migration und Entwicklungs- zusammenarbeit: Die Position von Alliance Sud

Die Behauptung, dass Entwicklungszusammenarbeit (EZA) die Migration anheizt, ist unbegründet. Richtig ist, dass die EZA einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten globalen Entwicklung leisten kann, die sich auch auf die Migration auswirkt.



Seit September 2018 unterstützt die Schweiz ein Projekt, um die Fachkompetenzen von 500 jungen Ägypterinnen und Ägyptern zu verbessern, damit diese im einheimischen Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Foto: SECO

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Grundbegriffe: Flucht und (freiwillige?) Migration	5
3. Zahlen und Fakten	7
4. Einwanderungsland Schweiz?	10
5. Ursachen von Migration	13
6. Was bedeutet das für die Zukunft?	15
7. Migration als Entwicklungsfaktor?	16
8. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit	18
9. Schlussfolgerungen	20
10. Die Position von Alliance Sud	24

1. Einleitung

Aktuell leben fast 260 Millionen Menschen als Migrantinnen und Migranten ausserhalb ihres Herkunftslandes.¹ Das sind so viele wie nie zuvor. Obwohl das Thema Migration für hitzige Debatten sorgt, ist der Anteil der internationalen Migrant/innen an der Weltbevölkerung mit rund 3,4 Prozent aber weiterhin sehr gering. Auch hat sich der Anstieg der internationalen Migration über das letzte Jahrzehnt hinweg klar verlangsamt: In den Jahren 2005-2010 nahm die weltweite Zahl der internationalen Migrant/innen durchschnittlich um fast 3 Prozent zu, in den Jahren 2015-2017 aber nur noch um 2% – trotz der ausgeprägten Fluchtbewegungen, die in dieser Zeit stattfanden.

So werden die zahlreichen Männer, Frauen und Kinder, die zurzeit im Ausland Schutz vor Konflikt, Gewalt und Verfolgung suchen und unter dem Schutzmandat des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) stehen, von der Uno zwar ebenfalls zu den internationalen Migrant/innen gezählt. Sie machen aber mit rund 26 Millionen lediglich ein Zehntel des Welttotals aller Menschen aus, die aktuell ausserhalb ihres Herkunftslandes leben.

Im Vergleich deutlich grösser ist die Zahl all jener Menschen, die ihre Heimat, Familie und Freunde verlassen haben, um einem Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven, Ausbeutung, sozialer Ausgrenzung, schlechter Regierungsführung oder den Folgen des Klimawandels zu entrinnen. Sie sind ausgewandert, um im Ausland ein besseres Leben aufzubauen und würdige Arbeit zu finden. Das sind zwar keine international anerkannten Gründe, um den Flüchtlingsstatus und Asyl zu erhalten, aber starke Motive, um international zu migrieren.

Der sogenannten «Süd-Nord-Migration» aus Entwicklungsländern in wohlhabende Industrieländer kommt in Europa und den USA denn auch enorme mediale und politische Aufmerksamkeit zu. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings deutlich, dass sie nur etwas mehr als ein Drittel der grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen weltweit ausmacht. Ihr Anteil am Total der internationalen Migration beläuft sich nach Uno-Angaben aktuell auf rund 35%.² Er liegt damit tiefer als der Anteil der sogenannten «Süd-Süd-Migration» (38%). Migrant/innen aus Entwicklungsländern wandern also häufiger in andere Entwicklungsländer als in reiche Industrieländer aus.

Der Grund dafür ist, dass Migration vergleichsweise selten über kontinentale Grenzen hinweg führt, sondern mehrheitlich zwischen Ländern stattfindet, die zur selben Weltregion gehören. Beispielsweise leben zurzeit 53% aller internationalen Migrant/innen aus Afrika in anderen afrikanischen Ländern. In Europa stammen mehr als zwei Drittel aller internationalen Migrant/innen aus anderen europäischen Ländern und weniger als ein Fünftel aus Entwicklungsländern.³ In der Schweiz sind mehr als 80% aller niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer europäischer Herkunft.

Trotzdem wächst in den europäischen Industrieländern der Druck auf die Entwicklungszusammenarbeit, sich in den Dienst migrations- und asylpolitischer Interessen zu stellen. Das Schweizer Parlament etwa hat der Entwicklungszusammenarbeit bereits Ende 2016 einen bemerkenswerten Zusatzauftrag gegeben: Sie müsse dort, wo dies im schweizerischen Eigeninteresse sei, im Sinne einer strategischen Verknüpfung mit der Migrationspolitik einerseits die Ursachen von Konflikt und Migration bearbeiten, andererseits den Abschluss von Abkommen und Partnerschaften im Migrationsbereich begünstigen.⁴ Auch in der Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates zur Botschaft

1 Quelle: Uno (2017). Die Uno erfasst als internationale Migrant/innen in der Regel jene Menschen, die ausserhalb ihres Geburtslandes leben. Bei rund einem Viertel aller Länder, deren Angaben in die Uno-Statistiken einfließen, beziehen sich die Daten jedoch auf die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen. Sie schliessen Menschen mit ein, die als Migrant/innen der zweiten oder dritten Generation bereits im betreffenden Land geboren sind, ohne eingebürgert worden zu sein.

2 UN Desa (2017a)

3 Uno (2017)

4 «Die internationale Zusammenarbeit und die Migrationspolitik

über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz für die Jahre 2021-2024 spielt das Thema Migration eine zentrale Rolle.

Notabene leisten die staatlichen und privaten Akteure der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der strukturellen Ursachen von Migration. Mit ihren Programmen und Projekten gehen sie gegen Missstände wie Armut, Hunger, Ausgrenzung und Ausbeutung vor, die Menschen zur Migration bewegen, fördern die gute Regierungsführung und tragen zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Damit packen sie schon jetzt wesentliche Migrationsgründe an der Wurzel und schaffen bessere Lebensperspektiven vor Ort. Sie lindern damit nicht zuletzt die Migration aus ihren Einsatzländern in andere Entwicklungsländer. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Studien auf, dass Entwicklungszusammenarbeit auch die Migration aus ärmeren Ländern in die Industrieländer mindert. Die wichtigsten Herkunftsländer der Migration in die Schweiz liegen allerdings in Europa und ausserhalb des Einsatzgebietes der Entwicklungszusammenarbeit. Der Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit auf die Migration in die Schweiz sind daher klar Grenzen gesetzt.

Ausserdem erschweren ungerechte internationale Handels- und Investitionsabkommen, eine fehlgeleitete Klimapolitik und lückenhafte Massnahmen zur Bekämpfung unlauterer Finanzflüsse eine nachhaltige Entwicklung der betroffenen Länder. Das begünstigt wiederum die internationale und die Binnenmigration. Ein ernsthaftes migrationspolitisches Engagement der Industrieländer bedingt deshalb ausserhalb der Entwicklungszusammenarbeit einen konsequenten Einsatz für eine entwicklungsförderliche internationale Wirtschafts-, Steuer- und Klimapolitik.

Gleichzeitig ist Migration ein potentiell bedeutender Entwicklungsfaktor. Sie kann, wenn sie auf geeignete Rahmenbedingungen stösst, in den Herkunftsländern der Migrant/innen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt beitragen. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt daher die wichtige Aufgabe zu, die gegenwärtige Migration so mitzugestalten, dass sie die Entwicklung ärmerer Länder möglichst stark begünstigt. Auf diese Weise kann sie auch einen Beitrag dazu leisten, wichtige Ursachen möglicher zukünftiger Migration zu lindern, und die Transit- und Zielländer, für welche die Zuwanderung aus dem Ausland eine beträchtliche gesellschaftliche Herausforderung bedeutet, langfristig entlasten.

werden dort, wo es im Interesse der Schweiz ist, strategisch miteinander verknüpft, indem Konflikt- und Migrationsursachen bearbeitet werden. Der Abschluss von Abkommen und Partnerschaften im Migrationsbereich wird vorangetrieben.» (Bundesbeschluss über die technische und finanzielle Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe, Art. 2)

2. Grundbegriffe: Flucht und (freiwillige?) Migration

«In Central America, increasing numbers of people are choosing to migrate as a result of a combination of factors such as food shortages, dwindling farming jobs, worsening hunger caused by droughts, as well as high levels of insecurity caused by crime and gang violence. Three and a half million people in El Salvador, Guatemala, and Honduras are affected by one of the region's most severe droughts, contributing to increasing migration within the region and to the United States and Mexico.»⁵

Oft ist es eine Kombination von Gründen, die Menschen dazu bewegt, ihre Heimat zu verlassen. Die aktuellen Migrationsbewegungen in Zentralamerika sind dafür ein gutes Beispiel. Wie die Weltbank im Eingangszitat zu diesem Kapitel betont, haben hier mehrere gleichzeitig auftretende Faktoren – Arbeitslosigkeit, Armut, weit verbreitete Gewalt und akute Nahrungsmittelknappheit – dafür gesorgt, dass sich Millionen Menschen gezwungen sahen und sehen, aus ihren Herkunftsregionen abzuwandern.

Umfangreiche Migrationsbewegungen (sogenannte «large-scale movements») setzen sich denn auch immer häufiger aus Menschen zusammen, die ihre Heimat aus je unterschiedlichen Motivlagen heraus verlassen haben. Es handelt sich in der Regel um sogenannte **gemischte Wanderungsbewegungen** («mixed migration flows»), in denen Migrant/innen, die vor allem Arbeit und Einkommen suchen, dieselben Wanderungs- und Fluchtkorridore nutzen wie Menschen, die hauptsächlich Schutz vor Krieg, Konflikt und Verfolgung benötigen. Hinzu kommen in der Regel Millionen von Menschen, die zwar vor existentieller Not und Armut fliehen, aber keinen offiziellen Flüchtlingsstatus erhalten.

Als **Flüchtlinge** gelten gemäss der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (ergänzt durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967) denn auch nur Personen, die sich «aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung» ausserhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit aufhalten. Voraussetzung für den Flüchtlingsstatus ist hier also eine individuelle Gefährdung durch sehr spezifische Bedrohungen. Das bedeutet, dass im internationalen Recht keineswegs alle Menschen, die unter grosser Not migrieren, als Flüchtlinge anerkannt werden.⁶

Um trotzdem möglichst vielen Menschen in akuten Notsituationen begrifflich gerecht zu werden, haben verschiedene internationale Organisationen inzwischen das Konzept der **erzwungenen Migration** eingeführt («forced migration» bzw. «forced displacement» im Sprachgebrauch des UNHCR). Es ist breiter angelegt als der offizielle Fluchtbegriff im internationalen Recht und umfasst neben Menschen mit Anspruch auf Flüchtlingsstatus auch solche, die vor anderen existenzgefährdenden Situationen ins Ausland geflohen sind, sowie Binnenvertriebene («internally displaced persons»), die innerhalb ihres Heimatlandes fliehen mussten.

5 [Weltbank \(2016\)](#), S. 13

6 Verschiedene Weiterentwicklungen des Flüchtlingsrechts haben dazu beigetragen, dass in vielen Ländern auch die Opfer von generalisierter Gewalt und schweren allgemeinen Gefährdungen als Schutzbedürftige mit Flüchtlings- oder ähnlichem Status gelten. Im Fall der Schweiz kann der Bundesrat Gruppen von Schutzbedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung, insbesondere während eines Krieges oder Bürgerkrieges sowie

Das Konzept der erzwungenen Migration ist allerdings nicht unproblematisch. Es suggeriert, dass andere Formen der Migration – insbesondere die Arbeitsmigration – «freiwillig», also ganz ohne Not erfolgen. Tatsache ist aber, dass unter den Menschen, die im Sprachgebrauch der internationalen Organisationen nicht als Zwangsmigrant/innen und erst recht nicht als Flüchtlinge gelten, im Ausland oft Zuflucht vor unhaltbaren Zuständen wie Armut, Ausgrenzung und Ausbeutung suchen.

In der Wissenschaft setzt sich denn auch immer mehr die Erkenntnis durch, dass Migration in der Regel weder gänzlich freiwillig noch vollkommen unfreiwillig stattfindet:

«[T]here is recognition that greater emphasis on migrants' roles, decision-making and behaviour before and during migration is increasingly important in helping to explain how migration occurs. In other words, the extent of migrants' self-agency is becoming a crucial aspect in any attempt to make sense of migration patterns, processes and consequences. ... [O]ver the last two decades, there has been widespread recognition that a continuum of agency exists, rather than a voluntary/involuntary dichotomy.»⁷

Die Migrationsstatistiken der einschlägigen internationalen Organisationen haben diese Erkenntnis allerdings aus Datenmangel noch nicht nachvollziehen können. Sie operieren weiterhin mit der vermeintlich klaren, im Einzelfall aber oft inadäquaten Abgrenzung von Flucht von «anderen» (also vermeintlich freiwilligen) Formen der Migration. Internationale Daten, die Migration nach unterschiedlichen Graden von Zwang bzw. Freiwilligkeit erfassen, liegen bislang nicht vor.

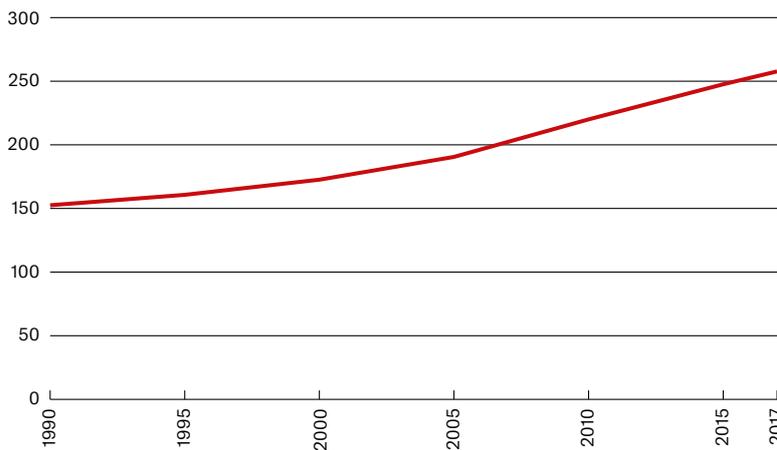
in Situationen allgemeiner Gewalt, vorübergehend Schutz gewähren.

7 [IOM \(2018\)](#), S. 172

3. Zahlen und Fakten

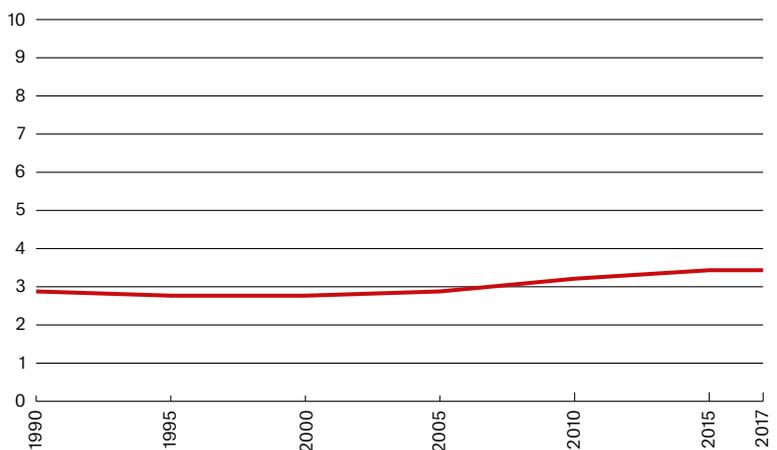
Internationale Migration weltweit: Die Zahl der internationalen Migrant/innen weltweit hat in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zugenommen. 2017 betrug sie rund 258 Millionen, im Jahr 2000 erst 173 Mio. Ihre jährliche Zuwachsrate hat sich allerdings klar verlangsamt, von rund 2,9% in den Jahren 2005 bis 2010 auf rund 2% in den Jahren 2015 bis 2017. Trotzdem wächst die Gesamtzahl internationaler Migrant/innen weiterhin rascher als die Weltbevölkerung. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung ist zwischen 2000 und 2017 von 2,8% auf 3,4% angestiegen.⁸

Internationale Migrant/innen (Bestand)
Welttotal (in Mio.)



Quelle: IOM Migration Data Portal (Mai 2019)

Internationale Migrant/innen (Bestand)
Anteil an der Weltbevölkerung (in %)



Quelle: IOM Migration Data Portal (Mai 2019)

Die meisten der fast 260 Millionen Menschen, die gegenwärtig von der Uno zu den internationalen Migrant/innen gezählt werden, leben indes bereits seit beträchtlicher Zeit in den jeweiligen Zielländern oder wurden als Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation sogar dort geboren. Die internationalen Migrationsbewegungen, die erst in jüngster Zeit stattgefunden haben, nehmen sich deshalb zahlenmässig vergleichsweise bescheiden aus. So hat die Zahl der Männer, Frauen und Kinder, die von einem Land ins andere gewandert sind, zwischen 2010 und 2017 netto um 36 Millionen zugenommen. Das macht gerade einmal 0,5% der aktuellen Weltbevölkerung aus.

⁸ Quelle: Uno 2017. Im Vergleich zu anderen Faktoren der Globalisierung, etwa dem internationalen Handel und den grenzüberschreitenden Kapitalflüssen, nimmt die internationale Migration deutlich weniger stark zu. Zwischen 1960 und 2015 ist der Anteil der internationalen Migrant/innen an der Weltbevölkerung nur um den Faktor 1,2 angewachsen, der Anteil der Importe am globalen Güterprodukt hingegen um den Faktor 2,4, jener der ausländischen Direktinvestitionen in den Jahren 1970-2015 um den Faktor 7,7. (Quelle: Weltbank 2016, S. 3)

Bei den Herkunftsregionen der grenzüberschreitenden Migration steht der asiatische Kontinent mit einem Anteil von rund 41% klar an der Spitze – gefolgt von Europa, das zwar weniger als 10% der Weltbevölkerung, aber rund 24% aller internationalen Migrant/innen stellt. Im Vergleich dazu sind Lateinamerika und Afrika als Herkunftsregionen der internationalen Migration eher unbedeutend. Nur etwa 15% aller Menschen, die heute ausserhalb ihres Heimatlandes leben, stammen aus Lateinamerika und gerade einmal 14% aus Afrika. Die unter rechtspopulistischen Politiker/innen beliebte Behauptung, es finde ein eigentlicher Massensexodus aus Afrika statt, hält deshalb der faktenbasierten Überprüfung nicht stand. Nur jede/r siebte Migrant/in weltweit stammt aus Afrika.

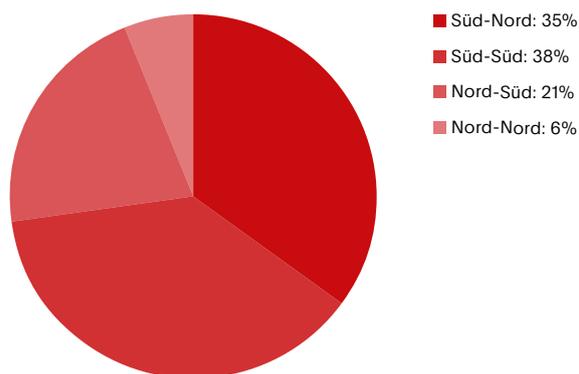
Ausserdem findet internationale Migration meist zwischen Nachbarländern oder wenig weit entfernten Ländern desselben Kontinents statt. Europäische Migrant/innen wandern in der Regel in andere europäische Länder aus, afrikanische Migrant/innen in andere Länder Afrikas. Was die afrikanischen Migrant/innen betrifft, leben zurzeit nur etwa 47% von ihnen ausserhalb Afrikas. Die rund 9 Millionen Menschen afrikanischer Herkunft, die aktuell in Europa leben, machen letztlich weniger als 3,5% des Welttotals der internationalen Migrant/innen und nur knapp mehr als 1% der europäischen Wohnbevölkerung aus.

Ganz allgemein dominiert bei den internationalen Wanderungen die «Süd-Süd-Migration» zwischen Entwicklungsländern. Sie ist spätestens seit 2011 ausgeprägter als die «Süd-Nord-Migration» von Entwicklungs- in reiche Industrieländer und viel bedeutender als die «Nord-Nord-Migration» zwischen den Industrieländern selbst.⁹ Die untenstehende Grafik illustriert die entsprechenden Grössenverhältnisse und macht deutlich, dass Menschen aus ärmeren Entwicklungsländern nicht vorwiegend in reiche Industrieländer, sondern in erster Linie in andere Entwicklungsländer auswandern.

9 UN Desa (2017a)

Internationale Migrant/innen (Bestand)

nach Herkunfts- und Zielregion (in %; Stand 2017)



Quelle: UN DESA

Internationale Fluchtbewegungen: Hauptmotive der zunehmenden internationalen Migration sind weiterhin die Suche nach würdiger Arbeit und das Streben nach besseren Zukunftsperspektiven. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge, Asylsuchenden und weiteren internationalen Zwangsmigrant/innen hat jedoch in den letzten Jahren ebenfalls deutlich zugenommen. Ende des Jahres 2016 betrug sie schätzungsweise 26 Millionen, also rund 10% der Gesamtzahl aller internationalen Migrant/innen. Aktuell stammen rund 79% aller Flüchtlinge, die unter das Schutzmandat des UNHCR fallen, aus nur

zehn Ländern (Syrien, Afghanistan, Süd-Sudan, Somalia, Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Myanmar, Eritrea und Burundi), wobei es sich hier fast ausnahmslos um Länder mit offenen Gewaltkonflikten handelt, welche sich nicht mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit stoppen lassen.

Bemerkenswert ist, dass der weitaus grösste Teil aller Flüchtlinge weltweit Zuflucht in den Nachbarstaaten ihres jeweiligen Heimatlandes gesucht hat. Nach Angaben des UNHCR halten sich aktuell rund 83% der Männer, Frauen und Kinder, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten, in Entwicklungsländern auf. Die ärmsten dieser Länder (die *least developed countries*) – insbesondere Kamerun, Tschad, Äthiopien, Kenia, Sudan und Uganda – beherbergen mehr als ein Viertel (28%) von ihnen. Die Aufnahme einer grossen Zahl ausländischer Flüchtlinge stellt für die betreffenden Länder eine beträchtliche wirtschaftliche Belastungsprobe und gesellschaftliche Herausforderung dar.

Binnenvertriebene: Den aktuell rund 26 Millionen anerkannten Flüchtlingen und Asylsuchenden steht eine noch grössere Zahl von Menschen gegenüber, die bislang nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen vor Konflikten und allgemeiner Gewalt geflohen sind. Die Gesamtzahl dieser Binnenvertriebenen weltweit betrug nach Angaben des Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) Ende 2018 rund 41,3 Millionen, eine Million mehr als im Jahr 2017.

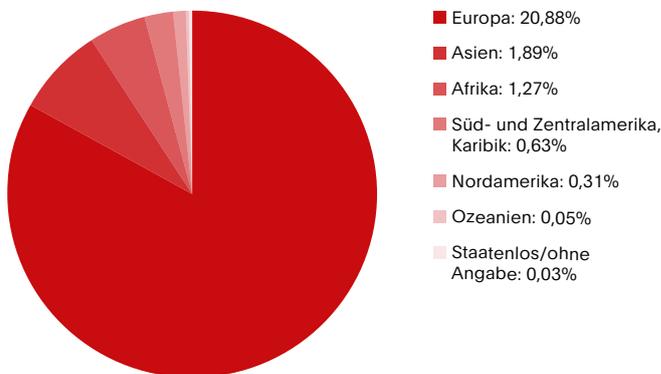
Grosse Fluchtbewegungen aus Konfliktgebieten in ärmere Entwicklungsländer und die zunehmende Zwangsmigration innerhalb dieser Länder stellen die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit denn auch vor grosse Herausforderungen. Die internationale Zusammenarbeit ist gefordert, die betroffenen Menschen vor Ort und entlang der Fluchtrouten zu schützen, mit Nothilfe zu versorgen und ihnen im Fall lang andauernder Krisen neue Lebensperspektiven in der Zielregion der Flucht zu eröffnen. Um mögliche Konflikte zu vermeiden, gilt es ausserdem, die Zielregionen bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu unterstützen und die Entwicklungschancen der bereits ansässigen Bevölkerungen zu stärken.

4. Einwanderungsland Schweiz?

In der Schweiz leben aktuell rund **2,1 Millionen Menschen** mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Stand Ende 2017). Ihr Anteil an der gesamten (ständigen) Wohnbevölkerung des Landes liegt im internationalen Vergleich mit 25% recht hoch. Allerdings umfasst die Migrationsstatistik der Schweiz (die sogenannte «Ausländerstatistik») auch rund 408'700 Menschen, die zwar hierzulande geboren und aufgewachsen, aber (u. a. aufgrund der im internationalen Vergleich sehr restriktiven Schweizer Einbürgerungspraxis) nicht eingebürgert sind. Die rund 1,7 Mio. ausländischen Staatsangehörigen, die ausserhalb der Schweiz geboren wurden, machen rund 20% der Gesamtbevölkerung des Landes aus. 56% von ihnen leben seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in der Schweiz und sind niedergelassen (Ausweis C).¹⁰

Die überwältigende Mehrheit der Migrant/innen in der Schweiz ist **europäischer Herkunft** (ca. 83%). Rund zwei Drittel (66%) stammen aus den Mitgliedstaaten der EU und der Efta, weitere 17% aus anderen Staaten Europas. Der Anteil asiatischer Einwanderer an der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung der Schweiz beträgt hingegen nur 7,5%, jener der afrikanischen Einwanderer gerade einmal 5%. **Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz machen die insgesamt rund 111'000 Migrant/innen afrikanischer Herkunft nur einen Anteil von 1,3% aus.**¹¹ (Schliesst man wie das Staatssekretariat für Migration, das SEM, die Asylsuchenden mit einem Aufenthalt von mehr als einem Jahr und die vorläufig Aufgenommenen von der Statistik der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz aus, reduziert sich dieser Wert sogar auf 0,9%.)

Ständige ausländische Wohnbevölkerung der Schweiz
nach Herkunftsregionen (in %; Stand 2017)



Quelle: [Bundesamt für Statistik](#)

Insgesamt ist die Schweiz also vor allem für Europäerinnen und Europäer ein Einwanderungsland, nicht aber für Menschen aus aussereuropäischen Entwicklungsländern und erst recht nicht für Menschen aus Afrika. Obwohl die Entwicklungszusammenarbeit den Migrationsdruck in ärmeren Ländern durchaus senkt, ist die Erwartung, sie könnte einen massgeblichen Einfluss auf die Einwanderung in die Schweiz haben, deshalb verfehlt. Der nationalkonservative Diskurs, der gegenwärtig einen massiven Zustrom von Menschen aus ärmeren afrikanischen und asiatischen Staaten in die Schweiz behauptet, ist schlicht irreführend.

So stammten auch von den rund 137'800 Menschen, die 2017 nach Angaben des SEM neu zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung der Schweiz (hier ohne Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene)

10 Bundesamt für Statistik: Tabelle «Ständige Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Geburtsort, Anwesenheitsdauer, Staatsangehörigkeitskategorie und Anwesenheitsbewilligung, 2010-2017», 31.08.2018

11 Bundesamt für Statistik: Tabelle «Ständige und nichtständige Wohnbevölkerung nach Kanton, Staatsangehörigkeit (Auswahl), Geburtsstaat, Geschlecht und Alter, 2016-2017», 31.08.2018

hinzukamen, über 69% aus den Mitgliedsstaaten der EU und der Efta, weitere 7,8% aus anderen europäischen Ländern. **Der Anteil asiatischer Staatsbürger/innen an der jüngsten Zuwanderung in die Schweiz beschränkte sich auf 11,7% (rund 7'600 Personen) und jener der afrikanischen Staatsbürger/innen auf 5,2% (rund 4'400 Personen).**¹² Die Einwanderung aus den 47 ärmsten Entwicklungsländern weltweit umfasste gerade einmal 7'000 Personen, davon zwei Drittel aus Eritrea und Syrien.

Anders sieht die Verteilung indes bei jenen rund 62'400 Menschen aus, die sich nach Angaben des SEM gegenwärtig (Stand 30.11.2018) im Asylprozess befinden. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene aus Europa machen hier nur einen sehr kleinen Teil (8,8%) aller betreffenden Personen aus, während sich der Anteil afrikanischer Staatsbürger/innen (rund 21'600 Personen) auf rund 34,7% und jener der asiatischen Staatsbürger/innen (rund 33'800 Personen) gar auf rund 54% beläuft. Allerdings ist die Zahl der Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen in der Schweiz grundsätzlich eher tief. Gemessen an der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz beträgt sie weniger als 0,7%. Auf jede Schweizerin und jeden Schweizer, der/die in der Schweiz lebt, kommen umgerechnet also nicht einmal **0,01 Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene**.

Wenn rechtsnationale Politiker/innen trotzdem verlangen, dass die Entwicklungszusammenarbeit die Migration aus Afrika und Asien in die Schweiz eindämmen soll, wollen sie also mit Kanonen auf Spatzen schießen. So sind 2017 aus Afrika und Asien netto 12'000 Menschen zur ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz hinzugekommen.¹³ Das macht pro Kopf der aktuellen Wohnbevölkerung eine Nettozuwanderung von nur gerade 0,001 Personen aus diesen beiden Weltregionen aus. Darüber hinaus stellten 2017 insgesamt 15'972 Menschen aus Afrika und Asien in der Schweiz neu ein Asylgesuch.¹⁴ Das sind pro Kopf der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz rund 0,002 Personen. Insgesamt sind 2017 also auf jeden Menschen, der bereits in der Schweiz lebte, **rund 0,003 Neuzugewanderte und neue Asylsuchende aus Afrika und Asien** gekommen. Ob die politische Forderung Sinn macht, mit einer strategischen Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit diese Zahl noch weiter zu senken, erscheint höchst fraglich.

12 Bundesamt für Statistik: Tabelle «Internationale Wanderungen der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1991-2017», 31.08.2018

13 Bundesamt für Statistik: Tabelle «Internationale Wanderungen der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, 1991-2017», 31.08.2018

14 Staatssekretariat für Migration: Tabelle «Asylgesuche, erstinstanzliche Erledigungen und Asyl für Gruppen, Laufjahr 2017», 22.01.2018

Migration im Spiegel von Öffentlichkeit und Politik

Die Zuwanderung von Migrant/innen und Asylsuchenden birgt für die Zielländer grosse Chancen. Sie bringt aber auch emotional aufgeladene Debatten mit sich und stellt Gesellschaft und Politik vor beträchtliche Herausforderungen. Die Reaktionen reichen von Solidarität und Weltoffenheit bis hin zu Abschottungstendenzen und fremdenfeindlicher Gewalt. Bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern löst die Zuwanderung Sorgen und Ängste aus, die von rechtspopulistischen Medien und Parteien gezielt verstärkt werden. Für Diskussionen sorgen nicht zuletzt die Sorge um eine mögliche Gefährdung der kulturellen Identität und die Angst vor der zunehmenden Konkurrenz um niedrig qualifizierte Arbeitsplätze, wenngleich diese faktisch vor allem aufgrund der Digitalisierung und der wirtschaftlichen Globalisierung gefährdet sind.

Auch in der Schweiz hat das Thema Migration in Gesellschaft und Politik eine beträchtliche Polarisierung bewirkt. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern scheint die Zuwanderung hierzulande aber nur wenig Angst vor der Konkurrenz um Arbeitsplätze auszulösen. In der Identitätsbarometer-Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern nahmen im Jahr 2017 rund 90% aller Befragten ihren Arbeitsplatz als gesichert wahr, wohingegen über drei Viertel (77%) in der Einwanderung eine Gefahr für die Schweizer

Identität zu erkennen glaubten.¹⁵ Gleichzeitig waren aber rund zwei Drittel (66%) der Meinung, dass sich das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz in den nächsten zehn Jahren «viel besser» oder zumindest «eher besser» gestalten werde als heute.

In den jährlichen Sorgenbarometer-Umfragen rangieren die beiden Stichworte «AusländerInnen» und «Flüchtlinge/Asyl» seit Jahren regelmässig weit oben auf der Liste der Themen, die von den Befragten als wichtigste Probleme der Schweiz wahrgenommen werden. 2018 machten sich allerdings deutlich mehr Befragte Sorgen über die Zukunft der Altersvorsorge und den Zustand der Krankenkassen. Migrations- und asylpolitische Themen wurden nur von rund einem Drittel zu den wichtigsten Problemen der Schweiz gezählt («Flüchtlinge/Asyl»: 31%; «AusländerInnen»: 37%).¹⁶ Die Einwanderung in die Schweiz und das Schweizer Asylwesen scheinen also einem grossen Teil, aber keineswegs einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung Sorgen zu bereiten.

Wie eine repräsentative Erhebung des Bundesamtes für Statistik zum Zusammenleben in der Schweiz zeigt, findet eine Mehrheit von 55% der hier lebenden Personen denn auch, dass die Integration von Migrantinnen und Migranten gut bis sehr gut funktioniert. Ein gleich grosser Anteil hält die aktuellen Integrationsmassnahmen für angemessen, wohingegen immerhin 26% aller Befragten der Meinung sind, die Integration von Migrantinnen und Migranten müsse stärker als bisher gefördert werden.¹⁷ Tatsächlich zeigen verschiedene Sozialindikatoren des Bundesamtes für Statistik, dass Menschen mit Migrationshintergrund unter beträchtlichen strukturellen Benachteiligungen leiden und insbesondere signifikant stärker armutsgefährdet sind als Menschen ohne Migrationshintergrund.¹⁸ Die kürzlich in Kraft getretene Integrationsagenda des Bundes und der Kantone, die auch von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüsst worden ist, dürfte hier eine gewisse Linderung bringen.¹⁹

¹⁵ [gfs.bern: CS-Identitätsbarometer 2017](#), S. 36, Graphik 36

¹⁶ [gfs.bern: CS-Sorgenbarometer 2018](#), S. 35 ff., Tabelle 8.1

¹⁷ [Bundesamt für Statistik \(BfS\) 2018](#)

¹⁸ [BfS-Schlüsselindikatoren der Integration](#) (Stand 2016)

¹⁹ [Staatssekretariat für Migration \(SEM\) 2018](#)

5. Ursachen von Migration

Migration wird in der Regel mit einer Kombination von «**Push**»- und «**Pull**»-**Faktoren** erklärt. Push-Faktoren betreffen den Leidensdruck in der Herkunftsregion der Migrant/innen, Pull-Faktoren die Anziehungskräfte, die von den potentiellen Zielregionen ausgehen und eine Verbesserung der Lebenssituation versprechen. So finden internationale Wanderungsbewegungen meist dann statt, wenn grosse Unterschiede in Einkommens- und Lebensverhältnissen zwischen zwei Ländern existieren, der Problemdruck in den Herkunftsländern gross und/oder die Anziehungskraft der Zielländer hoch ist. Über das Internet verfügbare Informationen, die das Leben anderswo als besser erscheinen lassen, stärken den Migrationswunsch.

In der Migrationsforschung gilt die weiterhin enorm hohe **internationale Einkommensungleichheit** denn auch als einer der Hauptgründe für internationale Wanderungsbewegungen. Sie hat zur Folge, dass Menschen durch die Abwanderung in ein wohlhabenderes Land ihre wirtschaftlichen Perspektiven deutlich zu verbessern vermögen. So gilt als erwiesen, dass Migrant/innen aus ärmeren Entwicklungsländern ihr Einkommen im Durchschnitt um den Faktor 15 steigern können, wenn sie in ein reiches Industrieland auswandern.²⁰ Eine Einkommenssteigerung findet in der Regel auch dann statt, wenn die Migrant/innen im Zielland einer weniger qualifizierten Arbeit als im Herkunftsland nachgehen.

Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen lassen allerdings den Schluss zu, dass finanzielle Überlegungen beim Migrationsentscheid keineswegs die grösste Rolle spielen. Christian Dustmann und Anna Okatenko etwa zeigen in einer 2014 veröffentlichten Studie auf, dass der Migrationswunsch vieler Auswanderungswilliger vor allem von **Mängeln in der Gesundheitsversorgung und im Zugang zu Bildung** geprägt ist.²¹ Das ist auch der Grund dafür, dass Entwicklungszusammenarbeit in ärmeren Ländern, die sich auf diese Bereiche konzentriert, durchaus einen Einfluss auf die Migrationsraten hat (siehe Kapitel 8). Als weitere wichtige Erklärungsfaktoren der Migration gelten in der einschlägigen wissenschaftlichen Forschung fehlende politische und wirtschaftliche Freiheiten, Menschenrechtsverletzungen und politische Konflikte.²²

Für die Entscheidung, ob und wohin migriert werden soll, spielen neben Push- und Pull-Faktoren auch die entsprechenden **Möglichkeiten** eine wesentliche Rolle. Migration birgt tendenziell beträchtliche Unsicherheit und ist mit hohen finanziellen Kosten verbunden. Die Ärmsten der Armen migrieren deshalb häufig nur innerhalb des eigenen Landes oder bestenfalls in ein Nachbarland. Internationale Migration, insbesondere den Weg in ein weit entferntes Industrieland, können sie sich in der Regel nicht leisten. Wie die Internationale Organisation für Migration der Uno (IOM) festhält, haben im Zug der Globalisierung die Möglichkeiten zur internationalen Migration aber grundsätzlich zugenommen. Grenzüberschreitende Personenbewegungen seien dank der digitalen Revolution, distanzverkürzenden Kommunikationstechnologien und tieferen Reisekosten deutlich wahrscheinlicher geworden.²³

Sozialpsychologische Faktoren wirken der Migration jedoch weiterhin stark entgegen. So fällt auf, dass insgesamt doch nur etwas mehr als drei Prozent der Weltbevölkerung als internationale Migrant/innen ausserhalb ihres Heimatlandes leben, obwohl der Weg ins Ausland viel mehr Menschen eine bessere sozioökonomische Situation versprochen hätte. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Migration

²⁰ Weltbank 2016, S. 16

²¹ Dustmann/Okatenko (2014)

²² Siehe Weltbank (2016), S. 5, sowie die Forschungsübersichten zu den Determinanten internationaler Migration in Dreher et al. (2018) und Lanati/Thiele (2018a).

²³ IOM (2018)

immer auch eine Reise ins Ungewisse und einen Verlust persönlicher Beziehungen bedeutet. Migrant/innen lassen Familienmitglieder und Freunde, Kultur, Sprache und identitätsstiftende Gewohnheiten zurück. Die vergleichsweise tiefe internationale Migrationsrate der Weltbevölkerung hat also nicht nur mit fehlenden finanziellen Möglichkeiten zu tun, sondern auch mit den sozialen Kosten der Migration.

Bei der **Flucht vor Krieg, Konflikt und Verfolgung**, aber auch vor anderen fundamentalen Missständen haben soziale Verluste angesichts der aktuellen Gefährdungen und der Umstände, die ein lebenswertes Leben in Würde verunmöglichen, indes keine Bedeutung. Finanzielle Möglichkeiten und allfällige Pull-Faktoren spielen hier ebenfalls keine Rolle, haben aber grossen Einfluss darauf, wohin die unumgängliche Abwanderung letztlich führen kann.

Die Folgen des **Klimawandels** haben nach Einschätzung der Weltbank zurzeit zwar im Vergleich zu wirtschaftlichen Faktoren einen eher geringen Einfluss auf die internationale Migration, könnten aber rasch einmal an Bedeutung gewinnen. Zunehmende Trockenheit, Wüstenbildung, der Anstieg des Meeresspiegels, häufigere und intensivere Stürme und zunehmende Missernten dürften der Bank zufolge zukünftig nicht nur zu einem deutlichen Anstieg der Binnenmigration führen, sondern auch die internationale Migration steigern.²⁴ Andere Studien zeigen, dass der Klimawandel bereits heute einen wesentlichen Einfluss auf die Migration hat.²⁵ In Regionen, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind, sind Klimafaktoren aktuell für ein Viertel bis ein Fünftel aller Wanderungsbewegungen verantwortlich.²⁶ Wollen die Industrieländer den zunehmenden Migrationsdruck lindern, der durch den Klimawandel entsteht, müssen sie also unverzüglich eine ambitionierte Klimapolitik einleiten und ihren Ausstoss an Treibhausgasen reduzieren.

24 [Weltbank 2016](#)

25 [ODI/UNDP 2017](#)

26 [Wodon et al. 2014](#)

6. Was bedeutet das für die Zukunft?

In der wissenschaftlichen Fachliteratur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die internationale Migration aus Entwicklungsländern in den nächsten Jahrzehnten deutlich zunehmen dürfte. Hauptgrund für die prognostizierte Zunahme ist, dass in vielen dieser Länder trotz eines signifikanten Rückgangs der Geburtenraten weiterhin ein sehr hohes **Bevölkerungswachstum** herrscht. Sofern die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder nicht in genügendem Umfang neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, könnte der demographische Wandel hier also bewirken, dass sich in den nächsten Jahrzehnten eine grosse Zahl von jungen Erwachsenen im Ausland auf die Suche nach Arbeit und Einkommen machen muss.²⁷

Umgekehrt werden die rasch alternden und tendenziell schrumpfenden Bevölkerungen der Industrieländer in den nächsten Jahrzehnten eine stark **wachsende Nachfrage nach zugewanderten Arbeitskräften** haben. Sie sind auf eine vermehrte Zuwanderung angewiesen, um ihre Wirtschaft in Gang zu halten und die steigenden Kosten der Altersversorgung zu decken. Dem wachsenden Auswanderungsdruck in einzelnen Entwicklungsländern wird also seitens der Industrieländer ein steigender Einwanderungsbedarf gegenüber stehen. Demographische Berechnungen der Uno-Bevölkerungsabteilung zeigen, dass die Bevölkerung Europas ohne die Zuwanderung aus aussereuropäischen Ländern bereits heute stark schrumpfen würde und bei gleichbleibender Zuwanderung spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts zu schrumpfen beginnen wird.²⁸

Sollten die Industrieländer der Migration aus Entwicklungsländern in Zukunft trotzdem mit einer noch restriktiveren Einwanderungspolitik als heute begegnen, wäre dies kontraproduktiv. Allfällige **Abwehrmassnahmen** würden die «Süd-Süd-Migration» steigern, aber auch zu einem Anstieg von irregulären Formen der «Süd-Nord-Migration» beitragen. Bereits die heutige Erfahrung zeigt, dass entsprechende Restriktionen kaum die gewünschte Wirkung bringen: Stehen potenziellen Migrant/innen keine geregelten Einwanderungsmöglichkeiten zur Verfügung, nimmt die Migration nicht ab, sondern nehmen vor allem ihre irregulären Formen zu.

Die Mitgliedsstaaten der Uno haben deshalb anerkannt, dass es für den Umgang mit Migration ein neues internationales Regelwerk braucht, das nicht ausschliesslich auf die Verhinderung von Migration abstellt, sondern internationale Wanderungsbewegungen als eine Tatsache begreift, die es mit all ihren Herausforderungen und Chancen produktiv zu gestalten gilt. Sie haben unter der Leitung der Schweiz und Mexikos im Juli 2018 die Verhandlungen zu einem gemeinsamen **Migrationspakt**, dem «Global Compact on Safe, Orderly and Regular Migration», abgeschlossen. Dem wegweisenden, aber rechtlich nicht bindenden Rahmenwerk haben im Dezember 2018 164 Staaten offiziell zugestimmt. Die Schweiz hat ihm bislang (gemeinsam mit Staaten wie Ungarn, Österreich, Polen und den USA) die Unterschrift verweigert. Sie untergräbt damit die moralische Wirkung eines internationalen Paktes, der nicht zuletzt den wichtigen Zweck hat, die Menschenrechte von Migrant/innen in autoritär regierten Ländern zu schützen.

27 Mit grosser Wahrscheinlichkeit falsch ist hingegen die Behauptung in Stephen Smiths populärwissenschaftlichem Bestseller «La ruée vers l'Europe» («Nach Europa!»), wonach bis ins Jahr 2050 mehr als 150 Millionen Menschen aus Afrika nach Europa auswandern werden – mit dem Effekt, dass dann mindestens ein Viertel der Bevölkerung Europas afrikanischer Abstammung sein wird. Smith übernimmt hier unhinterfragt Schätzungen aus einem [Online-Artikel des Filmmachers Noah Millman](#) und unterstellt, dass die Migration von Afrika nach Europa in Zukunft eine ähnliche Dynamik haben wird wie die Migration aus Mexiko in die USA seit den 1970er Jahren. Dabei übersieht er, dass die afrikanischen Länder mit hohem Bevölkerungswachstum keine Nachbarländer Europas sind, dafür aber oft mehrere weiter fortgeschrittene Länder in der näheren Umgebung haben, die durchaus als Zielländer der Migration in Frage kommen. So ist anzunehmen, dass in Zukunft weiterhin ein grosser Teil der Migration aus Afrika in andere afrikanische Länder führen wird.

28 [Uno \(2017\)](#), S. 19

7. Migration als Entwicklungsfaktor?

Der Effekt von Migration auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer hängt stark von den jeweiligen **Ausgangsbedingungen** ab. So kann die Auswanderung aus Ländern mit einem hohen Bevölkerungsanteil älterer Menschen und einem Mangel an jüngeren Arbeitskräften dort durchaus zu einer Schwächung der Wirtschaft und staatlicher Funktionen führen. Hingegen trägt die Auswanderung aus Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum, schwachen Bildungssystemen und hoher Jugendarbeitslosigkeit zu einer Entlastung der Bildungsinstitutionen und Arbeitsmärkte bei. Auch hier ist es aber als Verlust zu bewerten, wenn hochqualifizierte Fachkräfte das Land verlassen, solange es für sie im Herkunftsland einen Arbeitsplatz gäbe. In jedem Fall stellt die Abwanderung in den Herkunftsregionen auch den sozialen Zusammenhalt auf die Probe.

Grundsätzlich ist Migration jedoch keineswegs nur eine Bürde, sondern auch eine **Chance**, gerade für Entwicklungsländer. So können Geld- und Wissenstransfers das wirtschaftliche Wachstum dieser Länder fördern. Ausserdem knüpfen Migrant/innen internationale Netze, die zum Beispiel neue Handelswege öffnen können. Der internationalen Migrationsorganisation IOM zufolge herrscht in der Wissenschaft denn auch weitgehend Einigkeit darüber, dass in den Herkunftsländern der Migrant/innen die positiven Entwicklungseffekte von Migration die Nachteile tendenziell überwiegen. Will heissen: Wenn die Industrieländer die Migration aus ärmeren Ländern durch eine restriktive Einwanderungspolitik behindern, schränken sie damit einen potentiellen Entwicklungsfaktor ein. Ihrer Entwicklungszusammenarbeit kommt hier die wichtige Aufgabe zu, alternative Entwicklungswege zu begünstigen.

Tatsächlich zeigen zahlreiche Studien, dass Migration über Landesgrenzen hinweg den **Austausch von Gütern, Kapital, Ideen und Werten** fördert, indem sie wichtige Informationsflüsse begünstigt und Transaktionskosten im internationalen Handel senkt. So hält zum Beispiel Migrationsforscher Michael Clemens in einer Untersuchung zuhanden der UN Desa fest, dass Migration in den Herkunftsländern einen massgeblichen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Innovation und die Exportchancen hat:

«[W]hen there is a 10 percent increase in the number of emigrants from a migrant-origin country to a migrant-destination country that produces and exports a given product, there is a 1.6 percent greater likelihood that the migrant-origin country will start producing and exporting that product from scratch during the following ten years. Migrants create human networks that give life to new kinds of business. Migration of people between countries is part and parcel of the complexification of their economies, without which economic development does not occur.»²⁹

Gleichzeitig stellen die **Rücküberweisungen** der Migrant/innen aus dem Ausland eine wichtige Quelle der Entwicklungsfinanzierung dar. Sie gelten im Vergleich zu anderen Kapitalflüssen, etwa ausländischen Direktinvestitionen, als deutlich krisenresistenter. 1990 betragen die Rücküberweisungen, die in Entwicklungsländer mit tiefen oder mittleren Einkommen flossen, insgesamt rund 29 Milliarden Dollar,

²⁹ UN Desa (2017b), S. 6

im Jahr 2000 bereits 75 Mrd. und im Jahr 2017 sogar rund 480 Mrd. Das ist zwar weniger als die rund 650 Mrd. Dollar, die in jenem Jahr als Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer flossen, aber mehr als das Dreifache der rund 145 Mrd., welche die OECD-Länder für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzten.³⁰

30 Weltbank (KNOMAD) 2019

Migration hat indes nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen, sondern kann in den Herkunftsländern auch den **gesellschaftlichen und politischen Wandel** fördern, insbesondere in konfliktgeprägten und fragilen Ländern. Vereine und Netzwerke von Migrant/innen gleicher Herkunft initiieren in den Zielländern oft gemeinnützige und privatwirtschaftliche Aktivitäten, die einen namhaften Beitrag zum Aufbau von Infrastruktur, der Friedensförderung und der Demokratisierung in ihren Heimatländern leisten. So gilt als unumstritten, dass Migrant/innen meist eine ausgesprochen wichtige Rolle beim Wiederaufbau nach Naturkatastrophen, der Bewältigung von humanitären Krisen und politischen Konfliktsituationen spielen. Wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren, vermögen sie dort mit dem Wissen, dem Kapital und den Vernetzungen, die sie fern der Heimat erworben haben, ebenfalls zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung beizutragen.

Allerdings treten die möglichen positiven Effekte von Migration **nicht von selbst** ein. Wie das deutsche Entwicklungsministerium BMZ betont, «kann der Aufbau von Wissen nur gelingen, wenn Migranten ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt werden. Oft genug ist dies aber nicht der Fall, schon allein weil ihre Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden. In diesem Fall droht statt der Qualifizierung die Dequalifizierung (brain waste). Die Wiedereingliederung im Heimatland gelingt nicht selbstverständlich. Wenn sich umfangreiche finanzielle Transfers aus dem Ausland auf wenige Regionen ergießen, können Preissteigerungen zum Beispiel für Immobilien die Folge sein und Wohnraum für Daheimgebliebene unerschwinglich machen. Grosse Überweisungen können Abhängigkeiten schaffen.»³¹

31 BMZ 2011

Private Hilfswerke und staatliche Entwicklungsagenturen verschiedener Industrieländer sind deshalb bemüht, über geschickte **Interventionen** die positiven Auswirkungen von Migration zu fördern und gleichzeitig die möglichen negativen Effekte zu mildern. Sie haben es sich u.a. zur Aufgabe gemacht, die Transaktionskosten von Rücküberweisungen zu senken und Zurückgekehrte so bei der Wiedereingliederung im Heimatland zu unterstützen, dass das im Ausland erworbene Wissen den gesellschaftlichen und politischen Wandel fördert. Auch beraten sie potentielle Migrant/innen und unterstützen bereits Migrierte dabei, sich in der Fremde vor Ausbeutung zu schützen. Ganz im Sinne des Uno-Migrationspaktes geht es ihnen mit diesen Aktivitäten aber nicht so sehr darum, die Migration einzudämmen. Ihre Absicht ist vielmehr, die Migration so mitzugestalten, dass sie für die Entwicklung der Herkunftsländer einen möglichst grossen Nutzen entfaltet.

8. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Die wissenschaftliche Forschung zeigt, dass wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, schlechte Regierungsführung, Konflikt, Mängel in der Gesundheitsversorgung und fehlende Bildungsmöglichkeiten wichtige Treiber der Migration sind. Andere Untersuchungen belegen, dass Entwicklungszusammenarbeit einen nachweisbaren Beitrag zur Verminderung dieser Missstände leistet, indem sie etwa den Zugang benachteiligter Menschen und Gruppen zu Bildung und Gesundheit verbessert.³² Es darf darum als erwiesen gelten, dass Entwicklungszusammenarbeit durchaus zu einer **Linderung der Ursachen von Migration** beiträgt – und zwar auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich das Ziel verfolgt, in ihren Partnerländern den Migrationsdruck zu senken.

Gut gemachte Entwicklungszusammenarbeit, die sich auf die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in besonders armen und fragilen Ländern konzentriert, wirkt sich dabei nicht zuletzt auf die **Binnenmigration und die «Süd-Süd-Migration» in andere Entwicklungsländer** aus. Was hingegen die Migration in reiche Industrieländer betrifft, kamen Jean-Claude Berthélemy und seine beiden Mitforscherinnen Monica Beuran und Mathilde Maurel vor zehn Jahren in einer wissenschaftlichen Studie in der renommierten wissenschaftlichen Fachzeitschrift «World Development» zum Schluss, dass die Entwicklungszusammenarbeit diese Wanderungsbewegungen nicht nur nicht senkt, sondern sogar steigert.³³ Sie begründeten diesen vielzitierten Befund, der angesichts jüngerer wissenschaftlicher Erkenntnisse aber als überholt gelten darf, vor allem damit, dass erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit finanziell bedingte Migrationshürden beseitigt – also mehr Menschen die nötigen Mittel beschert, um im Ausland ein noch besseres Auskommen zu finden.

Jüngere Untersuchungen, die mit besseren Daten und Methoden arbeiten, kommen jedoch zu einem ganz anderen Schluss: Sie zeigen nämlich, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht nur die Binnen- und die Migration in andere Entwicklungsländer, sondern **auch die Abwanderung in Industrieländer vermindert**. So belegen Mauro Lanati und Rainer Thiele in einer Studie, die 2018 ebenfalls in der Fachzeitschrift «World Development» erschienen ist, dass Hilfe aus dem Ausland zwar die finanziellen Möglichkeiten für die Migration verbessert und in Einzelfällen zuweilen sogar die Abwanderung in weit entfernte Industrieländer ermöglichen würde, gleichzeitig aber so sehr zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort beiträgt, dass sich der beschwerliche Weg ins Ausland für viele Betroffene erübrigt.³⁴

Verschiedene weitere Studien, die in den letzten Jahren erschienen sind, stützen diesen Befund. Gleichzeitig wird in der wissenschaftlichen Forschung immer deutlicher, dass der migrationshemmende Effekt von Entwicklungszusammenarbeit stark von der **inhaltlichen Ausrichtung** und dem **Zeithorizont** der jeweiligen Programme abhängt:

- Lanati und Thiele zum Beispiel stellen in der bereits genannten Untersuchung fest, dass Entwicklungsinterventionen, die den **Zugang zu Gesundheit, Bildung und anderen Aspekten der sozialen Grundversorgung** verbessern, die Abwanderung in die reichen Geberländer besonders stark hemmen. Entwicklungszusammenarbeit, die auf gross angelegte wirtschaftsrelevante Infra-

32 Siehe z.B. [Fielding et al. \(2006\)](#)

33 Quelle: [Berthélemy et al. \(2009\)](#). Eine Ausnahme von dieser Regel bilden Berthélemy und seinen Mitautorinnen zufolge jene wirtschaftlich besonders erfolgreichen Entwicklungsländer, die unter den Ländern mit hohem mittlerem Durchschnittseinkommen (den sogenannten «upper-middle income countries») zu den reichsten 30-40% gehören. In diesen Ländern wirkt sich Entwicklungszusammenarbeit gemäss Berthélemy et al. migrationshemmend aus.

34 Quelle: [Lanati/Thiele \(2018a\)](#). Weiterführende Berechnungen der beiden Autoren zeigen, dass Entwicklungszusammenarbeit die Migration insgesamt senkt, gleichzeitig aber zu einer stärkeren Konzentration der Abwanderung auf bestimmte Zielländer führt. Betroffen sind jene Länder, die sich besonders stark in der bilateralen Hilfe engagieren. Sie werden von potentiellen Migrant/innen in den Empfängerländern als besonders grosszügige und attraktive Destinationen wahrgenommen.

strukturprojekte oder direkt auf die Wirtschaftsförderung ausgerichtet ist, scheint sich hingegen nur sehr bedingt auf die Migration auszuwirken.

- Jonas Gamso und Farhod Yuldashev zeigen ausserdem auf, dass vor allem Entwicklungszusammenarbeit, die auf **ländliche Gebiete** fokussiert, die Migration in die Industrieländer senkt. Zusammenarbeit, die der städtischen Entwicklung dient, scheint hingegen keine solche migrationsvermindernde Wirkung zu haben.³⁵ In einer zweiten Studie weisen die beiden Autoren indes nach, dass auch Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung der **guten Regierungsführung** («good governance») die Migration in die Geberländer reduziert.³⁶
- Axel Dreher, Andreas Fuchs und Sarah Langlotz stellen schliesslich fest, dass sich der Migrationseffekt von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe mit der Zeit verändert. Sie weisen nach, dass Entwicklungsinterventionen und humanitäre Einsätze in den ersten Jahren zu einem Anstieg der Migration führen können, nach einer Dauer von **rund 12 Jahren** die Migrationsquote in die Geberländer jedoch deutlich senken.³⁷

Insgesamt spricht also vieles dafür, dass Entwicklungszusammenarbeit die Migration aus ärmeren Ländern in reiche Industrieländer durchaus zu senken vermag. Als besonders ausgeprägt erweist sich dieser Effekt bei Interventionen in ländlichen Gebieten und in den Bereichen Gesundheit, Bildung und gute Regierungsführung. Ausserdem ist anzunehmen, dass sich hier bei einem langfristigen Engagement die Wirkung über die Zeit hinweg verstärkt.

Umgekehrt zeigt die aktuelle Forschung aber auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich zu anderen Faktoren einen eher bescheidenen Einfluss auf die Migration hat. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass ihr vergleichsweise **geringe Finanzmittel** zur Verfügung stehen. So schätzen Lanati und Thiele, dass sogar mit einer Verdoppelung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit die Auswanderungsraten der untersuchten Länder nur um 15% gesenkt werden könnten.³⁸ Um einen substantiellen Effekt auf die Migration zu haben, müssten die Budgets der Entwicklungszusammenarbeit also ganz massiv aufgestockt werden. Das ist in der aktuellen politischen Konjunktur eher unrealistisch.

Die Geberländer bilateraler Entwicklungshilfe müssen also damit rechnen, dass ein leicht wachsender Anteil der insgesamt abnehmenden Migrationsbewegungen auf sie entfällt. Netto überwiegt jedoch auch hier der migrationshemmende Effekt der Entwicklungszusammenarbeit.

35 [Gamso/Yuldashev \(2018a\)](#)

36 [Gamso/Yuldashev \(2018b\)](#)

37 Quelle: [Dreher et al. \(2018\)](#). Dreher und seine Mitforscher/innen untersuchen hier die Migration von Menschen, die im Zielland als Flüchtlinge anerkannt worden sind oder vorläufige Aufnahme gefunden haben. Ihre Ergebnisse beziehen sich also spezifisch auf Zwangsmigration. Die Autor/innen suggerieren in ihrer Studie jedoch, dass die Befunde sinngemäss auch für andere Formen der Migration gelten könnten. Analog dazu stellen [Lanati und Thiele \(2018b\)](#) fest, dass sogenannte «Early-impact»-Projekte, die der kurzfristigen Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums bzw. der landwirtschaftlichen Produktion dienen (z.B. die Verteilung von neuem Saatgut und Düngemitteln) nur einen geringen Effekt auf die Entwicklung und deshalb auch auf die Migration haben. Langfristig angelegte «Late-impact»-Programme der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umweltschutz und Regierungsführung typisch sind, scheinen die Migration in die Geberländer hingegen nachhaltig zu drosseln.

38 [Lanati/Thiele \(2018b\)](#)

9. Schlussfolgerungen

Die vielzitierte Behauptung, dass Entwicklungszusammenarbeit die Migration anheizt, ist unbegründet.

Ältere wissenschaftliche Forschungsergebnisse, wonach die Entwicklungszusammenarbeit nur in Ländern mit mittlerem Einkommen zu einer Abnahme der Migration führt, in ärmeren Ländern die Migration hingegen tendenziell eher steigert, sind inzwischen durch neue, methodisch bessere Studien widerlegt worden. So trifft zwar zu, dass Entwicklungsländer mit vergleichsweise hohem Durchschnittseinkommen («middle income countries») höhere Auswanderungsraten haben als ärmere Länder («least developed countries» und «low income countries»). Die betreffenden Länder haben aber in der jüngsten Vergangenheit oft ein sehr ungleich verteiltes wirtschaftliches Wachstum erlebt, das hauptsächlich den Eliten zugutegekommen ist und grosse Teile der Bevölkerung auf der Strecke gelassen hat. Es ist davon auszugehen, dass hier nicht das wirtschaftliche Wachstum, sondern die zunehmende Ungleichheit die Migration begünstigt.

Zu einem solchen ungleichen Wirtschaftswachstum, das letztlich auch die Migration steigert, trägt die Entwicklungszusammenarbeit aber gerade nicht bei. Sie fördert stattdessen eine wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung, die auch den bislang am stärksten Benachteiligten eine Chance gibt. Damit senkt sie erwiesenermassen auch die Migrationsraten. Dies gilt der jüngsten Forschung zufolge, die in diesem Papier ausführlich besprochen worden ist, auch für Länder mit tiefem Einkommen, die sich erst auf dem Weg in die Riege der Länder mit mittlerem Einkommen befinden.

Entwicklungszusammenarbeit kann durchaus einen Beitrag zur Linderung der Ursachen von Migration leisten – und tut dies bereits. Sie bremst sowohl die sogenannte «Süd-Süd-Migration» zwischen den Entwicklungsländern als auch die «Süd-Nord-Migration» in die Industrieländer. Den stärksten migrationshemmenden Effekt haben dabei Programme und Projekte in den angestammten Bereichen Gesundheit, Bildung, ländliche Entwicklung und gute Regierungsführung.

Indem sie in ihren Einsatzländern die jeweils am stärksten benachteiligten Bevölkerungsteile unterstützt, senkt die Entwicklungszusammenarbeit nicht zuletzt die armutsbedingte Binnenmigration innerhalb der betroffenen Länder und die internationale «Süd-Süd-Migration» aus ärmeren und fragilen Kontexten in andere Entwicklungsländer. Sie senkt aber auch die Abwanderung in die Geberländer. Die jüngste wissenschaftliche Forschung belegt dies klar. In diesem Sinne kommt die Entwicklungszusammenarbeit also bereits heute migrationsausserpolitischen Interessen entgegen – auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich dem politischen Auftrag der Migrationsverhinderung folgt. Der Migrationseffekt von Programmen, die auf den Ausbau wirtschaftsrelevanter technischer Infrastruktur

(Verkehr, Energie usw.) oder die direkte Förderung des Wirtschaftswachstums abstellen, erweist sich allerdings als recht gering.

Entwicklungszusammenarbeit muss indes langfristig angelegt sein, um nachhaltige Wirkung zu entfalten. Für einen migrationspolitischen «quick fix» ist sie ungeeignet.

Einen deutlich grösseren migrationssenkenden Einfluss hat die Entwicklungszusammenarbeit indes dann, wenn sie sich auf langfristig angelegte Programme und Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und gute Regierungsführung konzentriert und insbesondere in ländlichen Gebieten tätig ist. Dies wiederum sind bereits heute die zentralen Einsatzbereiche und -gebiete der Entwicklungszusammenarbeit, namentlich der schweizerischen. Wenn die Schweizer Politik eine stärkere Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit migrationspolitischen Interessen erreichen will, ist dafür also keine grundlegende Neuausrichtung notwendig. Vielmehr müsste sich die Entwicklungszusammenarbeit noch stärker als bisher auf die bereits genannten Bereiche konzentrieren.

Sinnvolle Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit sind auf langfristige Wirkung angelegt und bedingen ein kontinuierliches Engagement. Für migrationspolitisch motivierte kurzfristige Symptombekämpfung taugen sie deshalb nicht. Aktuelle Forschungsergebnisse legen den Schluss nahe, dass sich der migrationshemmende Effekt, der von Entwicklungsprogrammen ausgeht, erst nach mehreren Jahren zeigt. Eine Verlagerung der Entwicklungszusammenarbeit auf jene Länder, aus denen gerade die meisten (irregulären) Migrant/innen stammen, macht daher auch aus migrationspolitischer Sicht wenig Sinn. Wenn es sich bei den betreffenden Ländern um wirtschaftlich relativ weit fortgeschrittene Länder mit mittlerem Einkommen handelt, würde eine Umschichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf diese Länder ausserdem bedeuten, dass die besonders bedürftigen ärmeren Länder zusehends auf der Strecke bleiben.

Auch beim Einsatz der Entwicklungszusammenarbeit als politisches «Schmiermittel» für Rückführungsabkommen und Migrationspartnerschaften ist höchste Vorsicht geboten. So können Migrationspartnerschaften im Prinzip zwar ein sinnvolles Instrument sein, um die institutionellen Grundlagen für einen entwicklungsfördernden Umgang mit Migration zu schaffen. Dies setzt aber voraus, dass die beteiligten Staaten ein hohes Mass an Rechtsstaatlichkeit und Stabilität aufweisen. Bisher wurden sie vor allem genutzt, um Migration einzudämmen, den Grenzschutz und die Migrationsbehörden zu stärken. Massnahmen, um das entwicklungsförderliche Potenzial der Migration besser auszuschöpfen, kamen klar zu kurz.

Der Versuch, die Entwicklungszusammenarbeit als Verhandlungspfad für neue Rückführungsabkommen einzusetzen, birgt die Gefahr, dass die Geberländer einen Teufelspakt mit Regimes eingehen, die benachteiligte Bevölkerungsgruppen politisch unterdrücken oder wirtschaftlich diskriminieren. Umso wichtiger ist, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit auch hier an ihren eigenen Prinzipien ausrichtet. Sie muss weiterhin zur Ermächtigung benachteiligter Menschen beitragen können und einen Wandel der gesellschaftlichen und politischen Strukturen begünstigen. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht zum Kaufpreis für Abkommen werden, die repressive Regime stärken. Dies hält der Schweizer Bundesrat auch so in den

Entwicklungszusammenarbeit ist auch kein Ersatz für entwicklungspolitische Kohärenz und eine zukunftstaugliche Migrationspolitik.

Die Lebensperspektiven der Bevölkerungen in ärmeren afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern hängen keineswegs nur von der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch in hohem Mass von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und den Folgen des fortschreitenden Klimawandels ab. Über marktverzerrende Handelsmassnahmen, Anreize für steuerlich bedingte Unternehmensgewinnverschiebungen und ihren enormen Ausstoss von Treibhausgasen schmälern die Industrieländer in ärmeren Ländern deren Entwicklungsmöglichkeiten. Gleichzeitig tragen sie zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit und anderer wichtiger Migrationsursachen bei. Nicht nur aus Gründen der internationalen Solidarität, sondern auch aus migrationspolitischer Sicht sollten die Industrieländer deshalb ihre aussenwirtschaftlichen Beziehungen mit den Entwicklungsländern rasch an den Zielen der Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung ausrichten und ihre Produktions- und Konsummuster in Einklang mit den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens bringen.

Wenig sinnvoll wäre allerdings der Versuch, der zunehmenden Migration aus Entwicklungsländern mit zusätzlichen Restriktionen in der Einwanderungs- und Asylpolitik zu begegnen. Erfahrungsgemäss sind solche restriktiven Massnahmen wenig zielführend und bewirken eine Verlagerung auf irreguläre Migrationsformen. Hinzu kommt, dass die schrumpfenden und rasch alternden Bevölkerungen der Industrieländer in Zukunft mehr denn je auf zugewanderte Arbeitskräfte aus weniger wohlhabenden Regionen angewiesen sein werden. Die Industrieländer sind deshalb gefordert, die Ausweitung regulärer und kontrollierter Migrationsmöglichkeiten ins Auge zu fassen. International wird in diesem Zusammenhang intensiv über Massnahmen zur Förderung der zirkulären Migration debattiert, die Ausbildungsprogramme in den Entwicklungsländern mit entsprechenden (zeitlich begrenzten) Arbeitsmöglichkeiten in den Industrieländern verbinden.

Entwicklungszusammenarbeit kann und soll einen Beitrag zur entwicklungsfördernden Ausgestaltung von Migration leisten.

Die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung sind komplex. Wenn vergleichsweise gut ausgebildete Menschen im arbeitsfähigen Alter ihr Land verlassen, obwohl sie dort angemessene Arbeit finden könnten, kann dieser sogenannte «brain drain» der Entwicklung schaden. Schicken sie aber einen Teil ihres Einkommens in die Heimat zurück, kann das die dortige Wirtschaft durchaus positiv beeinflussen. Ausserdem ist aus der Konfliktforschung bekannt, dass Migration auch die Gefahr von sozialen Spannungen und politischem Extremismus hemmt: Unzufriedene junge Erwachsene, die in der Heimat nicht genügend Aufstiegschancen haben, wandern aus, statt sich extremistischen Strömungen anzuschliessen. Kehren sie später in die Heimat zurück, bringen sie neue Fertigkeiten und Kenntnisse mit, die der Entwicklung des Landes ebenfalls nützen können.

Will heissen: Migration kann ein wichtiger Entwicklungsfaktor sein, muss dafür aber aktiv gestaltet werden. Entwicklungszusammenarbeit kann und soll dazu beitragen, dass die entwicklungsfördernden Wirkungen von Migration gesteigert und mögliche negative Effekte eingedämmt werden. Beispielsweise kann sie Migrant/innen über entsprechende Beratung dabei helfen, sich vor Ausbeutung zu schützen. Auch kann sie die Transaktionskosten von Rücküberweisungen senken. Schliesslich hat sie auch die Möglichkeit, über Projekte mit Zurückgekehrten dazu beizutragen, dass die im Ausland erworbenen Fertigkeiten den gesellschaftlichen und politischen Wandel unterstützen.

10. Die Position von Alliance Sud

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Schlussfolgerungen fordert Alliance Sud den Schweizer Bundesrat, das Parlament und die Bundesverwaltung dazu auf:

– **die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin und vermehrt auf den Zugang zur Grundversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit, auf die nachhaltige Entwicklung in ländlichen Gebieten, die gute Regierungsführung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Katastrophenvorsorge auszurichten.** Mit einer solchen Ausrichtung trägt die Entwicklungszusammenarbeit wesentlich zur Armutsreduktion bei und lindert zugleich gewichtige Migrationsursachen. Mit einem besonderen Fokus auf die Bildung und Gesundheit von Mädchen und Frauen sowie auf weitere Massnahmen zur Geschlechtergleichstellung leistet sie überdies einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Senkung der Geburtenraten und zur Linderung des steigenden Migrationsdrucks, der sich aus einem hohen Bevölkerungswachstum ergibt.

– **die Entwicklungszusammenarbeit in ärmeren und fragilen Ländern auszubauen und vermehrt auf Methoden abzustellen, die zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft beitragen.** Die Entwicklung in ärmeren Ländern ist weiterhin und mehr denn je so mitzugestalten, dass sie nicht vornehmlich den jeweiligen Eliten zugutekommt, sondern für benachteiligte Bevölkerungsgruppen Alternativen zur Migration ins Ausland bietet. Dies macht nicht nur entwicklungspolitisch Sinn, sondern auch aus einer langfristigen migrationspolitischen Perspektive. Ansonsten ist absehbar, dass sich die betreffenden Länder in den kommenden Jahrzehnten zu Ländern mit mittlerem Einkommen, aber hoher sozialer Ungleichheit und entsprechend hohen Auswanderungsraten entwickeln.

– **eine menschenrechtskonforme und entwicklungsförderliche Ausgestaltung der globalen Migration zu ermöglichen.** Zu diesem wichtigen Anliegen gehört neben einem entsprechenden Einsatz der Schweiz in der internationalen Politik auch der Ausbau der humanitären Hilfe, die Binnenvertriebene, Flüchtlinge und internationale Migrant/innen vor Not, Gewalt und Ausbeutung schützt. Zu begrüssen sind auch Programme und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die die Reintegration von Zurückgekehrten begünstigen.

Nicht zuletzt ist die Schweiz aber auch aufgefordert, eine zukunftstaugliche Einwanderungspolitik zu entwerfen, die der zunehmenden irregulären Migration neue reguläre Migrationsmöglichkeiten gegenüberstellt und eine rasche Integration der Migrant/innen begünstigt. So würden die Regierungen wichtiger Herkunftsländer mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Rückübernahmen eher zustimmen, wenn ihnen die Schweiz zugleich begrenzte Arbeits- und Ausbildungskontingente zugestehen würde.

- **die ausenwirtschaftlichen Beziehungen und die Klimapolitik der Schweiz so auszugestalten, dass sie global eine nachhaltige Entwicklung fördern.** Jenseits der Entwicklungszusammenarbeit haben die internationale Handelspolitik der Schweiz, ihre Investitionsschutzabkommen, ihr Umgang mit unlauteren Finanzflüssen und steuerlich motivierten Unternehmensgewinnverschiebungen, selbstverständlich aber auch ihre Klimapolitik einen enormen Einfluss auf die Entwicklungsmöglichkeiten ärmerer Länder. Sie sind deshalb so umzugestalten, dass sie in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den Erfordernissen der Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung stehen.

Impressum

Herausgeberin:

Alliance Sud

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern

T +41 31 390 93 30

F +41 31 390 93 31

mail@alliancesud.ch

www.alliancesud.ch

Social Media:

www.facebook.com/alliancesud,

www.twitter.com/AllianceSud

Text:

Mark Herkenrath

Redaktion:

Daniel Hitzig, Kathrin Spichiger

Grafik:

Bodara GmbH, Zürich